

Die Rolle des Employment Committee (EMCO) in der Europäischen Arbeitsmarktpolitik: Governance, Umsetzung und soziologische Perspektiven

Manuela Hargassner-Delpos

AMS Wien

Das Employment Committee (EMCO) ist ein zentrales Beratungsgremium innerhalb der Europäischen Kommission (EU COM), das die Beschäftigungspolitiken der Mitgliedstaaten koordiniert und bewertet. Im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) analysiert EMCO nationale Arbeitsmarktentwicklungen, setzt Benchmarks und formuliert Empfehlungen für Reformmaßnahmen. Durch seine enge Zusammenarbeit mit der Generaldirektion Beschäftigung (DG EMPL), dem Rat der EU (EPSCO-Rat) und Akteuren wie Eurofound, CEDEFOP und der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) beeinflusst EMCO maßgeblich die europäische Arbeitsmarkt-governance.

Der Vortrag stellt die Arbeitsweise von EMCO in den institutionellen Rahmen der EU vor und diskutiert seine soziologische Relevanz anhand folgender Fragestellungen:

- Welche Machtstrukturen prägen die Koordination von Beschäftigungspolitiken auf EU-Ebene?
- Inwiefern beeinflusst EMCO die nationalen Arbeitsmärkte und welche Spannungen entstehen zwischen EU-Governance und nationaler Souveränität?
- Wie adressiert EMCO zentrale Herausforderungen von „Decent Work“ im Rahmen der digitalen, grünen und sozialen Transformation im Kontext? Welche Rolle spielen darin Genderungleichheit und soziale Inklusion?

- Inwieferne können Indikatoren, Benchmarking und Soft Law als Mechanismen der politischen Steuerung verstanden werden?

Besonderes Augenmerk wird auf die Langzeitarbeitslosen in der EU gelegt, ein Bereich, in dem EMCO durch strategische Leitlinien, länderspezifische Empfehlungen und den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) zu dessen Reduktion beiträgt. Ein vergleichender Blick auf die westlichen, südlichen, östlichen und nördlichen EU-Staaten zeigt, dass trotz gemeinsamer Rahmenbedingungen erhebliche Unterschiede in der Umsetzung bestehen.

Der Vortrag verbindet institutionelle Analyse mit arbeitssoziologischen Perspektiven und zeigt, wie Governance-Instrumente der EU Arbeitsmärkte beeinflussen – und wo ihre Grenzen liegen.